

# Dem Staat drohen Nachforderungen

Das Urteil zur Finanzierung von Privatschulen könnte für Baden-Württemberg teuer werden. Sollte die Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofs Baden-Württemberg (VGH) Bestand haben, müsse sich das Land auf Rückforderungen der Schulen einstellen, sagte der Geschäftsführer der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Waldorfschulen, Christian Schad. Der VGH hatte am Mittwoch entschieden, dass das Land Privatschulen, die Kinder aus einkommensschwachen Familien vom Schulgeld befreien, einen Ausgleich gewähren muss. Zudem dürfen Eltern durch das Schulgeld nicht übermäßig belastet werden.

Die FDP signalisierte Entgegenkommen. „Wir sollten so bald als möglich die 80 Prozent erreichen“, sagte FDP-Landtagsfraktionschef Hans-Ulrich Rülke. „Das werden wir in dieser Legislaturperiode nicht mehr schaffen. Über einen Zeitplan müssen wir uns aber unterhalten“, sagte er. Der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Peter Hauk, erklärte, er könne sich höhere Zuschüsse zu den Investitionskosten der Privatschulen vorstellen. dpa